

Der nachhaltige Staat

Klimaneutralität ist nur durch entschiedene CO₂-Drosselung möglich. Diese Notwendigkeit wird jedoch durch den Wachstumsfetischismus der Marktschreier konterkariert. Wenn wir umsteuern, tun wir aber nicht nur dem Klima und uns etwas Gutes. Wir gewinnen auch unsere ökonomische Souveränität zurück.

Endlich mal wieder gute Nachrichten: Bis 2045 will Deutschland **klimaneutral** werden und es befindet sich auf gutem Weg dorthin. Denn das Land hat in den vergangenen Jahren deutlich weniger Treibhausgase (THG) in die Erdatmosphäre geballert. Bleibt die Frage: Wie haben wir es geschafft, so gut zu sein? Antwort: Wir waren nicht wirklich gut. Wir haben nur einfach deutlich weniger verbraucht, weil die COVID-Pandemie Anfang der 2020er zu einer Konjunkturdelle führte und weil wir 2024/25 schon wieder in eine **Rezession** geschlittert sind.

Zwei fundamentale Rückschlüsse lassen sich daraus ziehen:

1. **Wirtschaftswachstum ist nicht gut fürs Klima.** Ein schrumpfendes Bruttoinlandsprodukt dagegen schon.
2. Schrumpfen bedeutet klimatechnisch gesprochen: **Treibhausgase vermeiden.** Also weniger produzieren. Aber eben auch weniger konsumieren.

Ständig tun marktgläubige Politiker und manipulative Lobbyisten so, als würden sich THG-Vermeidung (= „Konsumverzicht“) und **Wohlstand** quasi ausschließen, weil unser materielles Wohlergehen doch so eng mit dem Wirtschaftswachstum verknüpft sei. Aber genau dies sollte Anlass genug sein, unser volkswirtschaftliches Verständnis von Wohlstand zu überdenken. Der Vorschlag zur Güte sieht so aus:

- Das **Bruttoinlandsprodukt** (BIP), also die gesamtwirtschaftliche Leistung, bildet weiter einen von

vier Grundpfeilern. Natürlich auch seine prozentuale Veränderung gegenüber Vorjahreswerten, womit wir vom klassischen Wachstumsindikator reden. Hinzu kommen jedoch weitere Indikatoren.

- Der **Klima-Indikator**, gemessen als Veränderung des THG-Gesamtausstoßes einer Volkswirtschaft gegenüber dem Vorjahr.
- Der **Verteilungs-Indikator**, gemessen als gemischter Wert aus Einkommen und Vermögen. Der reale Wert wird hier ins Verhältnis zu einer politisch definierten Zielmarke gesetzt.
- Ein **Zufriedenheitsindex**, der zusätzliche Messgrößen wie das subjektive Wohlbefinden der Bürger, die Lebenserwartung, die soziale Unterstützung etc. umfasst. Dieser Index existiert ja bereits in Gestalt des [„World Happiness Report“](#) der UN, er findet bisher jedoch keinen Eingang in die offiziellen Regierungsstatistiken unseres Landes.

Jeder einzelne Indikator wird **mit 25 Prozent** gewichtet, woraus ein **Gesamtindikator für die Wohlfahrt** eines Landes ermittelt wird.

Das zweite Totschlag-Argument der Marktschreier lautet: Mit „Minus-Wachstum“ gingen **Arbeitsplätze verloren**. Also, was willst du? Lieber den Klimaschutz für die Allgemeinheit fördern oder deinen schönen Job behalten? Da das Fressen vor der Moral kommt, lässt sich unschwer errahnen, wie bei den meisten Menschen die Antwort lautet.

Weniger Arbeit, mehr Freizeit

Das Perfide an der Sache ist jedoch, dass es sich um eine reine Suggestivfrage handelt. Denn man könnte ja **Arbeit** (wie übrigens auch Einkommen und Vermögen) bei insgesamt geringerer Wirtschaftsaktivität einfach anders, das heißt **gleichmäßiger verteilen**. Zum Beispiel so: Die Gesamtzahl der Arbeitsstunden bleibt konstant, wird aber auf mehr Beschäftigte verteilt, die

folglich auch weniger Stunden in der Woche arbeiten. Das monatliche Salär würde dadurch kleiner ausfallen, dafür gäbe es aber ein Mehr an Zeit. Die meisten Menschen wünschen sich das.

Die erdrückende Mehrheit der Unternehmen stemmt sich allerdings dagegen, wären damit doch zusätzliche Kosten wie etwa zwei Grundgehälter für sie verbunden. Was wiederum die **Gewinne beeinträchtigen** würde. Folglich erscheint eine solche umfassende Umverteilung von Arbeit im bestehenden Wirtschaftssystem schwer bis gar nicht vorstellbar.

Nicht weniger realistisch erscheint es, im kapitalistischen Marktsystem eine nachhaltige **De-Globalisierung** herbeizuführen. Diese erscheint unumgänglich, um vor allem den extrem klimaschädlichen Güterverkehr stark einzuschränken. Wohlgemerkt: Grundsätzlich ist nichts gegen den Export und Import knapper Güter einzuwenden. Bei uns wächst eben kein Pfeffer. Und Samoa importiert wahrscheinlich lieber deutsche Werkzeugmaschinen, als eine eigene Maschinenbaubranche hochzuziehen.

Aber warum muss ein in Land A entwickeltes Produkt im 5000 Kilometer entfernten Land B produziert werden, um dann im wiederum 3800 Kilometer entfernten C „veredelt“ zu werden, damit es dann zum Verkauf in Land A wieder reimportiert wird? Richtig, um die schlechteren Arbeitsbedingungen und deutlich niedrigeren Löhne in Drittländern auszunutzen und um so höhere Gewinnmargen zu erzielen. Ökologisch gesehen ist diese **Lieferkette** jedoch fatal bis schwachsinnig.

Donald Trump, die Zölle und das Klima

Immerhin, in der Weltwirtschaft bewegt sich etwas, auch wenn es auf den ersten Blick wie imperiale Hybris wirkt. Einerseits treibt ein Donald **Trump** den Turbo-Kapitalismus in den USA auf die Spitze. Andererseits will dieser manische US-Präsident amerikanische Unternehmen zwingen, ihre Produktion ins eigene

Land zurückzuholen. Und das scheint sogar schon in Ansätzen zu klappen. Jetzt stell' dir mal vor, ein Land wie Deutschland würde auch einen rechtlichen Rahmen dafür setzen, dass die Produktion wieder vornehmlich im eigenen Land stattfindet (sogenanntes **„Re-Shoring“**). Natürlich nicht mit den abstoßenden Gier-Absichten eines Donald Trump, sondern eben unter einem **klimapolitischen Vorzeichen**. Denkbar schon, aber halt nur in einem anderen Wirtschaftssystem.

Klar, parallel dazu verfolgen die USA eine aggressive Hochzollpolitik, die riesige Handelsüberschüsse bringen soll. Deutschland (oder auch andere Staaten) sollten hier den USA nicht hinterherpreschen, nur um für sich das materielle Maximum herauszuholen. Dann degeneriert es eh zum Nullsummenspiel mit Handelskriegen. Aber warum sollten wir nicht Güter mit extrem klimaschädlichen Transportwegen über den halben Erdball nicht mit einem **„Entfernungs Zoll“** belegen?

Die Effekte einer solchen Handelspolitik könnten in einer „Re-Europäisierung“ und in einer „Re-Nationalisierung“ ganzer Volkswirtschaften wie der deutschen liegen. Damit einher könnte zudem die verstärkte **Regionalisierung** unserer Wirtschaftskreisläufe gehen. Bei der Produktion von Lebensmitteln (solidarische Landwirtschaft) und der Verteilung von Energie (Renaissance der kommunalen Stadtwerke) gibt es bereits vielversprechende Ansätze. Warum nicht auch in anderen Branchen?

Damit würden wir uns unabhängiger von anderen Ländern machen, vor allem autokratisch regierten. Diese neue Form **ökonomischer Souveränität** ist gerade in strategisch wichtigen Branchen wie Energiesektor oder Kommunikation (Stichwort: asoziale Medien) von enormer Bedeutung, auch für unsere Demokratie. Warum sollten wir die zentralen Nervensysteme unserer Wirtschaft in die Hände fremder Mächte legen, auch nur ansatzweise? Somit hätte eine konsequente Politik des Klimaschutzes gleich auch noch zahlreiche positive Spillover-Effekte.

© **The Economics Coach 2025** (Titelbild: Mayne Black mit ChatGPT)